

Wie Baselland seinen Campus verbockte

Während sechs Jahren plante die Baselbieter Regierung einen Uni-Campus auf dem Dreispitz. Das Fazit: Sie kann es nicht.

Christian Mensch

Isaac Reber war noch Justizdirektor, als er im Dezember 2018 an einer Medienkonferenz vollmundig einen universitären Campus auf Baselbieter Boden ankündigte und einen Standort auf dem Münchensteiner Dreispitz präsentierte.

Die Präsentation war ein Desaster: Weder die Christoph Merian Stiftung (CMS) als Grundeigentümerin noch die zwischengeschaltete Finanzgesellschaft als Baurechtnehmerin und die Fiege Logistik als Mieterin waren involviert. Nach Protest verschwand das Projekt in der Schublade und von der Website der Universität.

Dem Stil ist die Baselbieter Regierung treu geblieben. Diese Woche beerdigte sie das Projekt endgültig, wobei sie die betroffenen Partner durch eine kurzfristige Vorinformation erneut vor den Kopf stiess. Reber, mittlerweile zuständiger Baudirektor, blieb unsichtbar. Dafür musste Bildungsdirektorin Monica Gschwind in öffentlichen Auftritten versuchen, die Wogen zu glätten.

Dass es nach dem Fehlstart überhaupt zu einer Wiederaufnahme des Projekts kommen konnte, war Umständen zu verdanken, auf die die Baselbieter Regierung keinen Einfluss hatte.

Zum einen wollte sich Fiege ohnehin teilweise zurückziehen, zum anderen hatte mit der SPS eine Firma für 17 Millionen

210
Millionen Franken hätte der Baselbieter Unibau gekostet.

Franken das Baurecht übernehmen, die das Areal entwickeln wollte. Damit erhielten die Baselbieter Uni-Fantasien wieder Auftrieb.

CMS und SPS organisierten und finanzierten eine aufwendige städtebauliche Studie, die Anfang 2022 vorgestellt wurde. Die erste Idee war, dass die SPS für die Universität baut und diese langjährig mietet. Dies wäre nach Ansicht der Baselbieter Baudirektion (BUD) jedoch zu teuer geworden; sie wollte deshalb lieber selbst als Investorin auftreten.

Baselland konnte Investition nicht stemmen

Aus der Finanzplanung des Kantons geht hervor, dass von Kosten in Höhe von 210 Millionen Franken ausgegangen werden musste. Nach erster Planung wären 2027 die ersten 50 Millionen Franken verbaut worden, was jedoch die Investitionsplanung des Kantons sprengte.

Der Baustart wurde deshalb buchhalterisch hinausgezögert. Gemäss aktueller Budgetplanung wurde erst 2029 mit 42 Millionen Franken eine grössere Bausumme in die Kalkulation

aufgenommen. Still und leise verschob sich damit die Campus-Eröffnung von 2030 auf 2032.

Das Geschäft lief in der Baselbieter Regierung im Dreieck: Die BUD unter Isaac Reber machte nicht voran, so dass selbst das vorhandene Projektbudget nicht ausgeschöpft wurde. Doch was vorlag, war der Finanzdirektion unter Anton Lauber zu teuer.

Selbst mit kreativer Buchführung konnte die Gesamtsumme in der Finanzplanung nicht abgebildet werden. In der aktuellen Darstellung fehlen rund 50 Millionen Franken. So wurde die BKSD unter Monica Gschwind in Verhandlungen geschickt, ob sich die Fakultäten nicht mit einem kleineren Raumprogramm realisieren liessen. Offenkundig mit mässigem Erfolg.

Während auf operativer Ebene die Fachleute weiter werkten und noch auf Montag dieser Woche eine ordentliche Koordinationssitzung angesetzt war, bastelte die Baselbieter Regierung seit Februar an einem koordinierten Rückzug.

Nach eigener Darstellung hat sie am 25. Februar im Rahmen des «Lenkungsausschusses Partnerschaftsverhandlungen» die Basler Regierung darüber informiert. Nach Darstellung der Basler Regierung war an diesem Termin die formelle Bestätigung des von Baselland gewählten Investitionsmodells geplant, wäh-



Prellbock: Die Baselbieter Unipläne steuerten direkt auf ein Stumpengleis zu.

Bild: Kenneth Nars

rend die Baselbieter nun von Sisierung sprachen.

Baselland fürchtet sich vor Unikosten ab 2030

Vom absehbaren Scheitern des Projekts wusste die Basler Regierung demnach seit geraumer Zeit. Am 18. März war das Geschäft zudem an der ordentlichen Sitzung beider Regierungen traktandiert.

Basel-Stadt bestätigt diese Information, doch die Regierung erklärt auf Anfrage: «Der Beschluss des Baselbieter Regie-

rungsrates vom 1. April und die anschliessende Kommunikation entsprachen keinem gemeinsamen Zeitplan.»

Für die Städter besonders stossend: Die Baselbieter Regierung verbindet den Nicht-Investitionsentscheid mit der grundsätzlichen Unifinanzierung ab 2030. In dieser übernächsten Leistungsperiode werden etwa sowohl zusätzliche Betriebs- als auch erste Amortisationskosten für das neue Zentrum für Biomedizin in Rechnung gestellt, was nochmals eine deutliche Er-

höhung des Finanzbeitrages bedeuten wird. Nur: Dies ist seit Jahren bekannt und müsste in der längeren Finanzplanung längst berücksichtigt sein.

Auf den Kosten der bisherigen Planung bleiben vor allem die CMS und die SPS sitzen. Beide wurden erst eine halbe Stunde vor Versand der Medienmitteilung vom Übungsabbruch informiert. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre hätten sie mit einem solchen Ende der Geschichte eigentlich rechnen können.